



Beschlussauszug aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2025

An Amtsstelle:

TOP 9.1
öffentlich

Haushaltssatzung 2026
Antrag zur Vorlage
"Daueraufgabe Haushaltskonsolidierung und perspektivischer Orientierungsrahmen"

Herr Pietsch erläutert seinen gemeinsam mit Herrn Traß gestellten Antrag.

Die Bürgermeisterin nimmt zu dem Antrag Stellung. Der Antrag sei für die Verwaltung unangekündigt und völlig unerwartet gestellt worden und passe nicht zu den gemeinsamen Anstrengungen von Verwaltung und Politik der vergangenen Wochen, um einen Haushalt 2026 aufzustellen. Es stellen sich ihr die Fragen, welche Stellen zukünftig gestrichen und auf welche freiwilligen Leistungen verzichtet werden sollen.

Herr Benn vom Personalrat teilt den Antragstellern mit, dass solch ein Antrag bei den Mitarbeitenden der Verwaltung für starke Verunsicherung Sorge und das Vertrauen nachhaltig schädige.

Frau Treetzen erläutert, dass die Deckelung der Personalkosten nach ihren Berechnungen bereits im Jahr 2026 zu weiteren Einsparungen i.H.v. 376.200 EUR führen und dies sofortige Maßnahmen nach sich ziehen müsste, um die Deckelung zu erreichen. In 2027 müssten sogar 1,3 Mio. EUR eingespart werden.

Die Vertreter der übrigen Fraktionen äußern ebenfalls ihr Unverständnis über den Inhalt und die Vorgehensweise dieses Antrags. Sie halten den Antrag für nicht zustimmungsfähig.

Es erfolgte ein Sitzungsunterbrechung von 20:15 Uhr – 20:25 Uhr.

Herr Pietsch ändert den Antrag anschließend ab. Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Es wird festgestellt, dass weitere Schritte zur langfristigen Haushaltskonsolidierung erforderlich sind.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den geltenden Beschluss zur Durchführung einer Organisationsuntersuchung voranzutreiben und die Maßnahme im ersten Halbjahr des Jahres 2026 auszuschreiben. Der Ausschreibungstext ist vor Ausschreibung durch den Hauptausschuss zu genehmigen. Im Rahmen der Ausschreibung, ist zusätzlich zu den bereits beschlossenen Punkten, die Prüfung digitaler Prozessoptimierungen zu

berücksichtigen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2022 zur Budgetsteuerung d. Personalkosten umzusetzen.
4. Dem Hauptausschuss ist bis zum 30.06.2026 ein Bericht vorzulegen, in welchem die Umsetzung der vorstehenden Maßnahmen aufzuzeigen ist.

Abstimmungsergebnis:

| Name | Zustimmung | Ablehnung | Enthaltung | Anwesende |
|-----------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|
| CDU | 5 | | | 5 |
| SPD | | 3 | | 3 |
| Bündnis 90/Die Grünen | | | 2 | 2 |
| WBS | 2 | | | 2 |
| Summe | 7 | 3 | 2 | 12 |
| angenommen | | | | |